

Die Entwicklung zur einen Schule für alle vorantreiben

Die SPD nimmt die Entwicklung des Schulsystems zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder in ihr Parteiprogramm auf. Sie setzt sich offensiv und öffentlich für dieses Ziel ein und sucht in einem intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit, mit Wissenschaft, Gewerkschaft und Elternverbänden nach den besten Wegen zur Realisierung.

Hierzu gehören

- der kostenfreie Besuch des Ganztags
- Übernahme der Regelungen für den Offenen Ganztags ins Schulgesetz NRW
- Zulassung eines gebunden Ganztags auch an Grundschulen
- Bereitstellung der notwendigen Mittel für Bildung im Landeshaushalt
- bessere Ausstattung der Kölner Schulen
- mehr Lehrer an allen Schulen
- die Erprobung der flexiblen und modularisierten Oberstufe
- Implementierung eines Rechtsanspruchs im Landesschulgesetz für einen Schulplatz an einer Gesamtschule. Damit wird Eltern und den Kindern eine echte Wahlfreiheit ermöglicht.
- Zeitnahe Einrichtung weiterer Gesamtschulen, u.a. der schon bestehenden Planungen
 - in Rondorf (Revidierung des Ratsbeschlusses vom 22.11.2018)
 - in Ossendorf
 - in Nippes
 - in Porz
 - in Kalk oder Rath
 - in Dellbrück (Ausbau der Oberstufe)
 - in Mülheim (Mülheim Süd)
 - Ausbau der Gesamtschule in Lindenthal
- zeitnahe Versorgung mit ausreichenden Schulplätzen
- Einführung des Abschulungsverbotes
- Stärkung der multiprofessionellen Zusammenarbeit
- Bezahlung aller Mitglieder der multiprofessionellen Teams nach Tarif (TVL bzw. TVöD)
- kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs durch Schülerinnen und Schüler und ggf. Azubis
- kostenloses Mittagessen für alle SchülerInnen

Begründung:

Soziale Gerechtigkeit ist ohne Bildungsgerechtigkeit nicht möglich. Alle Untersuchungen – national und international - bestätigen: Noch immer hängt der Schulerfolg in Deutschland von der sozialen Stellung der Eltern ab. Das undemokratische selektive Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert, entwickelt für eine Ständegesellschaft, dominiert immer noch das Bildungssystem der demokratischen Bundesrepublik. Die Gesamtschulen leisten dasselbe wie die Gymnasien, sie führen zum gleichen Abitur, aber sie ermöglichen darüber hinaus allen Kindern ohne Sitzenbleiben und Abschulung den Weg zum bestmöglichen Schulabschluss. Dabei erreichen viele Schüler*innen das Abitur, die keine Schulformempfehlung Gymnasium hatten.

Bildung ist für eine lebendige Großstadt das hervorstechende Kriterium. Schulplanungen, mangelnde Schulausstattungen, zu wenig nichtlehrende Fachkräfte, mangelnde Berücksichtigung der Lage der Schule (Sozialindex) führen in Köln dazu, dass die aktuellen Themen der Schulentwicklung (Inklusion, Integration, Förderung, ganzheitliche Bildung, Chancengerechtigkeit) nicht ausreichend bearbeitet werden.

Es gilt soziale Hürden abzubauen!

Einen Beitrag zur Teilhabegerechtigkeit kann die Gesamtschule im Neubaugebiet Rondorf-Nord darstellen.

In Köln stehen seit Jahren zu wenige Schulplätze zur Verfügung. Kinder müssen längere Wegzeiten in Kauf nehmen, die manchmal maßgeblich das Familienleben beeinträchtigen. Ebenso können die Wünsche auf einen Gesamtschulplatz oft nicht umgesetzt werden. Im Neubaugebiet Rondorf-Nord, in dem ca. 1300 Wohneinheiten entstehen, soll gemäß dem Schulentwicklungsplan eine weitere Gesamtschule eingerichtet werden. Gerade die Gesamtschule bietet in einem neu entstehenden Viertel die Garantie der Beschulung aller Kinder mit unterschiedlichen Schulformempfehlungen, zumal 2016 der Rat der Stadt Köln das Auslaufen der Hauptschule Rodenkirchen beschlossen hat. Unglücklicherweise änderte die Mehrheit von Grünen und CDU diese Planung.

Zudem stärkt die Gesamtschule über die individuelle Förderung und die intensive Netzwerkarbeit den Entwicklungsprozess im neuen Sozialraum. Die Schulentwicklung in Köln muss die Sozialraumentwicklung mit im Blick haben.

Köln benötigt mehr Gesamtschulplätze. Der Bedarf zum Schuljahr 2018/2019 zeigt an, dass trotz der in den letzten Jahren zusätzlich geschaffenen rd. 1000 Gesamtschulplätzen, weitere knapp 1000 Kinder keinen gewünschten Gesamtschulplatz erhielten. Das entspricht einer Quote von ca. 28-30 % insgesamt der angemeldeten Schülerinnen und Schüler.

Mit großer Mehrheit angenommen